



Point de Presse «Rückblick auf die ersten 100 Tage als Finanzdirektor und Ausblick» vom 27. April 2017.

SPRECHNOTIZEN VON GEMEINDERAT MICHAEL AEBERSOLD, DIREKTOR FÜR FINANZEN, PERSONAL UND INFORMATIK

Es gilt das gesprochene Wort

Geschätzte Medienschaffende

100 Tage – es ist Usanz, dass neugewählte Exekutiv-Politikerinnen und -Politiker bis zum Verstreichen dieser Frist etwas geschont werden und dann gerne ein erstes Mal zurück- und ausblicken. Das möchte ich zusammen mit Ihnen heute auch tun. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse.

Am Montag, 16. Januar 2017, bin ich, begleitet von meinem Generalsekretär Roland Meyer, von meinem provisorischen Büro im Erlacherhof an die Bundesgasse 33 umgezogen. Der rote Teppich war nicht ausgerollt, aber meine Crew hat mich zwei Tage später mit Happy-Birthday-Wünschen überrascht. Die meisten Mitarbeitenden hatten vor der Gemeinderatssitzung am Mittwoch gar nicht mit einem neuen Chef gerechnet. Mein Start war also unspektakulär, aber hatte es in sich.

Dass bei der Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (FPI), im Gegensatz zu anderen Direktionen, eine gewisse Routine beim Wechsel an der Direktionsspitze besteht, war offensichtlich: Ein dicker Ordner lag bereit und verschaffte mir innert Kürze einen Überblick über die Direktion, die wichtigsten Dossiers und Köpfe. Und meine Agenda war schon fast ausgebucht.

Bereits nach zwei Wochen hatte ich das Gefühl, schon länger Finanzdirektor zu sein. Von Anfang an fühlte ich mich in der FPI sehr willkommen und meine Einarbeitung wurde tatkräftig unterstützt. Die ersten Wochen waren manchmal ein Sprung ins kalte Wasser: Das Beschaffungswesen mit der Schwerpunktprüfung durch das Finanzinspektorat, der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2018 – 2021, die Rechnung 2016, die Pensionskasse mit dem anstehenden Primatwechsel oder die Prämie für die

Mitarbeitenden. Diese Themen waren für mich zum Teil neu und mussten trotzdem vorangetrieben werden. Da kam mir zugute, dass ich aus meinen früheren beruflichen und politischen Tätigkeiten einiges an Wissen und Erfahrung mitbringe. Das hat mich auch gelehrt: Transparenz fördert Vertrauen. Ich möchte eine offene Verwaltung, die keine Geheimnisse krämer. Nach diesem Grundsatz strebe ich eine gute Zusammenarbeit mit meinem Team und dem Stadtrat an, aber auch mit Ihnen, geschätzte Medienschaffende.

Ich habe im Wahlkampf ein paar Mal signalisiert, dass die FPI eine Lieblingsdirektion wäre: Ohne Geld funktioniert auch in der Stadt Bern wenig. Erst ein genügend grosser finanzpolitischer Handlungsspielraum ermöglicht die Realisierung von Investitionen und Projekten. Die FPI schafft die Rahmenbedingungen dafür. Wenn Geld fliesst, hat die FPI fast immer ihre Hände im Spiel. Ich war daher der festen Überzeugung, dass es nach Jahren in bürgerlicher Hand gut wäre, wenn die politische Mehrheit die Verantwortung für die Finanzdirektion übernimmt. Und die ersten hundert Tage zeigten mir: Hier kann ich viel bewegen.

Lassen Sie mich nun zu meinem persönlichen Legislaturausblick kommen, den ich in vier Teile gliedere: „Wohnraum schaffen und Sanierungen umsetzen“, „Finanzen im Lot halten“, „Stadtverwaltung als attraktive Arbeitgeberin positionieren“ sowie „Moderne und effiziente Verwaltung“.

Wohnraum schaffen und Sanierungen umsetzen

Als die FPI getauft wurde, schien „Informatik“ wichtiger als „Immobilien“ zu sein – vielleicht, weil zu jener Zeit die Informatik gerade erst zentralisiert worden war. Heute stelle ich die „Immobilien“ an den Anfang. Bereits die ersten hundert Tage im Amt haben mir gezeigt, dass Immobilien Stadt Bern klar die grösste und auch die arbeitsintensivste Abteilung meiner Direktion ist. Hier werden Projekte vorangetrieben, die das Bild der Stadt in den kommenden Jahrzehnten verändern werden. Hier geht es um Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe.

Die Stadt Bern ist ein sehr attraktiver Wohn- und Arbeitsort. Wir möchten weiter wachsen. Einerseits, weil uns Bevölkerungswachstum hilft, immer teurere Infrastrukturen und ein ausgebautes Angebot der Stadt zu finanzieren, andererseits, weil verdichtetes Wohnen in der Stadt eines der besten Mittel zur Erreichung raumplanerischer Ziele ist.

Die Stadt Bern soll für alle ein attraktiver Arbeits- und Wohnort sein. Für viel Lebensqualität sorgt eine gute Durchmischung aller sozialen Schichten, unterschiedlicher Familienmodelle und Generationen. Die Preise auf dem freien Immobilienmarkt kennen in den letzten Jahren und voraussichtlich auch in Zukunft nur eine Richtung – jene nach oben. Darum sehe ich es als eine der wichtigsten Aufgaben der Stadt, bestmögliche Bedingungen für preisgünstigen neuen Wohnraum zu schaffen und selber zu bauen.

Ein wichtiger Akteur auf dem Immobilienmarkt Bern ist der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Ich werde dafür sorgen, dass der Fonds seine Rolle noch aktiver wahrnimmt. Wir wollen langfristig denken und ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Überlegungen in Entwicklungs- und Sanierungsprojekte miteinbeziehen. Wünschenswert wäre, wenn auch der Kanton (Stichwort: Münstergasse 32) oder der Bund (Stichwort: Verkauf der Alkoholverwaltung) diese nachhaltige Perspektive einnehmen würden.

Die Überbauungen des Gaswerkareals und des Viererfelds stehen in den Startlöchern. Beide Projekte sind für mich von höchster Priorität. Neben gemeinnützigen Wohnbautragenden möchte ich, dass die Stadt einen Teil der erwähnten Areale selber überbaut. Stöckacker Süd ist für mich das gelungene Beispiel, dass die Stadt dafür über eigenes Know-How verfügt.

Die wirklich günstigen Wohnungen werden in der Stadt immer seltener. Diesen Trend wollen wir mit eigenen Wohnungen entschärfen. Bis ins Jahr 2025 muss die Stadt mindestens 1 000 Mietverträge im Segment günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien abgeschlossen haben. Pro Jahr müssen 50 neue dazukommen – so die politischen Vorgaben. Ende 2016 waren wir bei nur 465 entsprechenden Wohnungen. Um das Ziel zu erreichen, müssen wir geeignete Wohnungen konsequent günstig vermieten. Die mediale Berichterstattung über die anstehende Sanierung an der Attinghausenstrasse zeigt, dass Ziele beim günstigen Wohnraum durchaus mit den Vorstellungen bisheriger Mieterinnen und Mieter in einem Spannungsfeld stehen.

Temporär und legal günstigen Raum zur Verfügung stellen: Das ist das Ziel der Koordinationsstelle für Zwischennutzungen. Zu einer lebendigen Stadt gehört, dass kreative Menschen Räume für ihr Wirken finden und Neues schaffen können. Die Koordinationsstelle hat sich etabliert. Das zeigen die erfolgreichen Zwischennutzungsprojekte Zieglerspital, Reichenbachstrasse und die ehemalige Feuerwehrkaserne Viktoriaplatz. Jetzt müssen noch vermehrt Private davon überzeugt werden, dass Zwischennutzun-

gen besser sind als ein Leerstand oder eine illegale Besetzung. Hier kann die Koordinationsstelle eine aktive Rolle einnehmen.

Haushalt im Lot halten

Ich habe die Finanzen nicht an erster Stelle erwähnt, weil ich den durch die Stadt in den vergangenen Jahren verfolgten Kurs weiterführen werde. Es gilt, die Finanzen im Lot zu halten. Das Bevölkerungswachstum hat uns in den letzten Jahren geholfen. Auch in Zukunft soll die Stadt weiter wachsen. Dennoch sind gesunde Finanzen keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen Prioritäten setzen. Ich habe nicht ohne Grund bereits an der Medienkonferenz zum Rechnungsabschluss eine Steuersenkung als *auf längere Frist unrealistisch* bezeichnet. Zu hoch ist der Sanierungsbedarf insbesondere bei Eis- und Wasseranlagen, zu gut gefüllt die Pipeline an grossen und wichtigen Sanierungsvorhaben bei städtischen Immobilien und zu lang die Wunschliste der Politik.

Technisch gesehen sind die Prozesse im Finanz- und Investitionswesen auf hohem Niveau. Verbessern können wir noch die Qualität der Investitionsplanungsprozesse. Hier läuft vieles bottom-up: Dienststellen melden ein Bedürfnis bei den Direktionen an und dieses wird in die Planung aufgenommen. Folge davon: Je länger der Planungshorizont, desto höher ist das Investitionsvolumen. Das ist unbefriedigend. Weiter professionalisieren wollen wir das Treasury-Management. In Zeiten von Negativzinsen ergeben sich neue Handlungsoptionen. Und schliesslich werden wir uns fragen müssen, ob das in der Stadt gelebte New Public Management mit Produktgruppen und Steuerungsvorgaben optimiert werden kann, insbesondere in Bezug auf die Anzahl der Kennzahlen und die Steuerungsmöglichkeiten durch das Parlament.

In nächster Zeit wird es für die Stadt von Bedeutung sein, wie der Kanton seine Steuerstrategie umsetzen wird und wie es mit der USR III+ weiter geht. In der eidgenössischen Konferenz der städtischen Finanzdirektoren werde ich mich für die Interessen der Stadt einsetzen. Das Ergebnis bei der Unternehmenssteuer-Abstimmung hat gezeigt, dass die Städte als „key player“ angehört werden müssen. Das gilt auch für andere Bereiche der Steuergesetzgebung: Ich habe überhaupt keine Freude am kürzlichen Entscheid des Grossen Rates, die Bemessungsgrundlage für die Liegenschaftsteuer als Median bei 70 % des Verkehrswerts festzulegen. Die Stadt prüft daher zurzeit, wie hoch die Chancen sind, diesen Grossratsbeschluss juristisch erfolgreich anzufechten.

Stadtverwaltung als attraktive Arbeitgeberin positionieren

Als oberster Personalverantwortlicher ist es mir ein Anliegen, dass die Stadt eine gute Arbeitgeberin bleibt. Engagierte und motivierte städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten mit ihrem Fachwissen, ihrer Kreativität und ihrer Motivation einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität und zur Weiterentwicklung der Stadt. In den letzten Jahren wurde viel unternommen, die Stadtverwaltung als attraktive Arbeitgeberin zu positionieren. „Lebensqualität – Arbeiten für die Stadt Bern“, heisst der Auftritt auf der städtischen Internetseite zu Recht. Beim Lohn können wir heute mit anderen nicht mithalten. Bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind wir top, und wir werden uns weiter verbessern (bspw. Elternschaftsurlaub). Zusammen mit der sinnstiftenden Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger macht das die Stadtverwaltung für die Generation Y attraktiv. Ein wichtiges Anliegen ist mir die Gleichstellung von Mann und Frau. Bei Wahlen in Kommissionen und Verwaltungsräte ist stets auf die ausgewogene Geschlechterverteilung zu achten. Weil gute Konzepte und „Feel Good“-Personalmanagement allein nicht ausreicht, werde ich eine Realloohnerhöhung für das Personal thematisieren. Die Lohndeckelung von 200'000 Franken ist erneut zu hinterfragen.

Moderne und effiziente Verwaltung

Über ISB, die Finanzverwaltung und das Personalamt habe ich etwas gesagt. Es bleiben die Informatikdienste, Logistik Bern und die Steuerverwaltung als weitere Fachabteilungen. Diese drei Abteilungen leisten einen grossen Beitrag, wenn es darum geht, die Effizienz der Verwaltung weiter zu erhöhen. Logistik Bern bündelt die städtische Einkaufsmacht für Verbrauchsgüter und Mobiliar und bald auch für die städtische Personenwagenflotte. Die Zusammenarbeit mit Partnern möchte ich intensivieren. Ob mit dem Kanton, dem Bund oder anderen grossen Städten und Gemeinden: Je grösser das Beschaffungsvolumen ist, desto besser werden die Preise. Zudem ist der Erfahrungsaustausch über Gemeindegrenzen hinweg wertvoll. Weil auch Wandel zur modernen Verwaltung gehört, werden wir dem Stadtrat noch dieses Jahr die Auslagerung der Druckerei von Logistik Bern beantragen.

Die gut funktionierende städtische Informatik gibt wenig Anlass zur Sorge. Im laufenden Jahr erwarte ich die Überarbeitung der bisherigen ICT Strategie hin zu einer „Digitalstrategie“, die auch das Thema „E-Government“ umfasst. Vielleicht gibt das Schub für die etwas schleppende E-Government-Entwicklung. Bereits am Laufen ist der Austausch sämtlicher PC der Stadtverwaltung. Neu kommen mehrheitlich Thin-Clients zum Einsatz. Geräte also, die auf die Rechenleistung im städtischen Rechenzentrum zu-

rückgreifen. So sparen wir Geld und schonen die Umwelt durch einen geringeren Energie- und Rohstoffverbrauch. Tablets und ein leistungsfähiges WLAN werden bald moderne Unterrichtsformen in den städtischen Volksschulen ermöglichen. Dem Thema Open Source gegenüber bin ich aufgeschlossen. Mit Interesse verfolge ich die Arbeiten der laufenden Potenzialanalyse.

Aufgabe der städtischen Steuerverwaltung ist es, das der Stadt zustehende Steuersubstrat auch einzufordern. Nach 100 Tagen stelle ich fest: Dies macht die Steuerverwaltung sehr effizient. Die städtische Steuerverwaltung als grösste kommunale Steuerverwaltung ist eine wichtige Partnerin des Kantons. Das Fachwissen der Steuerverwaltung ist wichtig zur fachlichen Beurteilung der anstehenden Steuerprojekte auf eidgenössischer und kantonaler Ebene.

Mit diesen paar Schlaglichtern hoffe ich, Ihnen meine spannende und vielseitige Aufgabe als Gemeinderat und Direktor der FPI näher gebracht zu haben. Ich bin mit grosser Freude an der Arbeit: Wo sonst könnte ich derart unmittelbar das heutige und zukünftige Bild der Stadt mitprägen! Ein vielfältiger Traumjob mit grosser Verantwortung – dieses Fazit ziehe ich nach den ersten 100 Tagen.